

Helfen, nicht verurteilen

Johannes Singhammer zu Spätabtreibungen

Berlin – Ein besonders trauriges Kapitel beim Thema Abtreibung ist die Tötung von lebensfähigen Babys in der Spätphase der Schwangerschaft. Der CSU-Familienpolitiker Johannes Singhammer hat einen Gesetzentwurf angeschoben, um diesen Dauer-Skandal einzudämmen. Dazu befragte ihn Wolfram Göll.

Bayernkurier: Wie sieht es jetzt mit dem Gesetz zur Eindämmung von Spätabtreibungen aus? Kommt es noch diese Legislaturperiode, oder fällt es in das Nirwana der Diskontinuität?

Johannes Singhammer: Wir kämpfen gegen alle Versuche, unseren Gesetzentwurf auf tückische Weise so lange nicht abschließend zu beraten, bis die letzte Sitzungswoche im Sommer verstrichen ist. Deshalb haben wir für Dienstag eine groß angelegte Anhörung mit Experten und Interessierten durchgesetzt, und am 16. März die offizielle Ausschuss-Anhörung. Und wir wollen Ende April die Entscheidung im Bundestag herbeiführen.

Bayernkurier: Warum ist eine Neuregelung unbedingt nötig? Welchen Umfang hat der Skandal der Spätabtreibungen?

Singhammer: In der Statistik aufgeführt sind 631 sogenannte Spätabtreibungen nach der 20. Schwangerschaftswoche. Ab diesem Zeitpunkt sind dank moderner Medizin Kinder außerhalb des Mutterleibs schon lebensfähig – ein großes ethisches

Problem. Eine Neuregelung ist nötig, weil derzeit die Frauen und ihre Partner nicht ausreichend beraten und unterstützt werden, wenn etwa festgestellt wird, dass ihr ungeborenes Kind behindert ist. Manche Frauen berichten, dass sie sich sogar zu einer Abtreibung gedrängt fühlen, im Sinne: „So ein Kind muss ja heute nicht mehr sein“. Die Mehrzahl der betroffenen Frauen wünscht sich mehr Zeit, Beratung und Unterstützung. Gespräche mit Ärzten, psychosozialen Beratungsstellen und Betroffenen können helfen, eine bessere Vorstellung vom Leben mit einem behinderten Kind zu entwickeln. Wir hoffen, dass sich mit Hilfe der Beratung, die für die Frau vollkommen freiwillig ist, mehr Eltern für ein Kind mit Behinderung entscheiden.

Bayernkurier: Was unterscheidet diese wenigen Fälle grundsätzlich von den jährlich mehr als 100 000 „üblichen Abtreibungen“ binnen der ersten zwölf Schwangerschafts-Wochen?

Singhammer: Das statistische Bundesamt weist für 2007 insgesamt 113 774 Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen der Beratungsregelung aus. Diese Abtreibungen innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen sind straffrei, wenn vorher eine Beratung stattgefunden hat und ein „Schein“ ausgestellt worden ist. Bei den Spätabtreibungen aus medizinischen Gründen wird gesetzlich keine Beratung verlangt, obwohl Frauen bei der existenziellen Entscheidung in einem fortgeschrittenen Schwangerschaftsstadium noch viel drin-

gender Beratung brauchen – auch psychosoziale Beratung.

Bayernkurier: Besteht im Bundestag weiter der ideologische Graben zwischen Lebensschützern und Emanzipationsbefürworterinnen – nach dem Motto

„Mein Bauch gehört mir“?

„Die meisten Frauen wünschen sich mehr Zeit und Beratung“

J. Singhammer



Singhammer: Dieser Konflikt ist nicht ausgeräumt. Für uns als CSU

ist der Schutz des Lebens und die Einzigartigkeit der Person zu Beginn wie am Ende des Lebens von herausragender Bedeutung. Wir wollen helfen, nicht verurteilen. Wenn ein Grund für Spätabtreibungen ist, dass sich die Eltern ein Leben mit einem behinderten Kind nicht vorstellen können, dann brauchen wir in Deutschland noch wesentlich bessere Rahmenbedingungen für ein Leben mit Behinderung.

Bayernkurier: Warum kämpft die CSU jetzt nicht genauso entschlossen für eine Verschärfung des Paragraphen 218?

Singhammer: Für eine Veränderung des Paragraphen 218a des Strafgesetzbuches ist derzeit im Deutschen Bundestag keinerlei Mehrheit in Sicht. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Bundesgesetzgeber eine Überprüfungspflicht für die jetzt geltende Regelung auferlegt. Unsere Konsequenz ist der Gesetzentwurf zur Verbesserung der Situation bei Spätabtreibungen.

Bayernkurier: Die CSU-Landesgruppe hat in Kreuth beschlossen, dass Klagen gegen Kinderlärm verboten werden sollen. Wie steht es denn um die Kinderfreundlichkeit Deutschlands?

Singhammer: Dass es mit der Kinderfreundlichkeit nicht zum Besten steht, zeigen schon die nur noch wenigen Babys, die das Licht der Welt erblicken. Wenn wir eine vielfach kinderentwöhnte Gesellschaft wieder kinderfreundlich machen wollen, brauchen wir vor allem ein Umdenken in den Köpfen. Deshalb haben wir 2008 die Kampagne „Deutschland Kinderland“ gestartet. Mit der Einführung von Elterngeld, der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dem Ausbau von Kinderbetreuung und Betreuungsgeld haben wir wieder Schwung in die Familienpolitik gebracht wie schon seit Jahren nicht mehr. Ein erster Silberstreif: Im vergangenen Jahr sind erstmals wieder 11 000 Babys mehr geboren worden.